



Newsletter

der Österreichischen Gesellschaft
für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

02/10

März
2010

Editorial

Sehr geehrtes Mitglied!

Mit der Übersiedlung in ihre neuen Büroräumlichkeiten in der Wiener Stallburg hat die Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen (ÖGAVN) eine weitere wichtige Grundlage für die Umsetzung ihres Auftrages erhalten, als einheitliche, überparteiliche Plattform für die Diskussion wichtiger außenpolitischer Anliegen zu dienen, breitere Kreise der Öffentlichkeit mit den Aktivitäten und Einrichtungen der Vereinten Nationen vertraut zu machen und das Interesse an Außenpolitik und internationalen Angelegenheiten, einschließlich der Aufgaben und Leistungen der Europäischen Union, zu vertiefen.

Nach einjährigen Planungs- und Adaptierungsarbeiten unter der Leitung von Prof. Architekt Ing. Mag. Eduard Neversal wurden die Räumlichkeiten - zwei Stockwerke über den Stallungen der Spanischen Hofreitschule - dann am 26. Jänner von Bundesminister Dr. Michael Spindelegger in Anwesenheit von ÖGAVN-Präsident Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Mitgliedern des Vorstandes sowie von über 300 Gästen ihrer Bestimmung übergeben. Finanziell ermöglicht wurde diese Maßnahme durch das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, das damit sein großes Interesse an der Unterstützung der Gesellschaft eindrucksvoll unter Beweis stellte, sowie der Burghauptmannschaft Österreich. Ein Teil der Mittel wurde auch dadurch sichergestellt, dass nach der Zusammenlegung der beiden Vorgängerorganisationen Synergien genutzt wurden und Einsparungen bei der Administration vorgenommen werden konnten. In den neuen Räumlichkeiten wurden auch der Verein „Welcome to Austria“ sowie das Wiener Lokalkomitee des Akademischen Forum für Außenpolitik, der Jugendorganisation der ÖGAVN, untergebracht.

Das Herzstück der neuen Büroräume aber bildet ein großzügig ausgestatteter Clubraum, der als Treffpunkt für in- und ausländische Diplomaten, internationale Beamte, Wirtschafts- und Medienvertreter sowie alle an außenpolitischen und internationalen Themen interessierten Mitglieder der ÖGAVN zur Verfügung steht. Der Club ist seit Anfang Februar jeden Mittwoch von 11 - 15 Uhr geöffnet; jeweils um 12:00 Uhr finden informelle Diskussionen zu den unterschiedlichsten internationalen Fragestellungen nach Kurzreferaten von Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft statt. Die Referate und Diskussionen finden nach den „Chatham House Rules“ statt, die weitgehend offene Hintergrundgespräche ermöglichen.

Bisher sprachen der ehemalige österreichische Botschafter in Moskau, Dr. Martin Vukovich, über „Wohin geht Russland?“ (3. Februar), die ehemalige österreichische Botschafterin in Washington und ÖGAVN-Vorstandsmitglied, Dr. Eva Nowotny, über „Ein Jahr U.S. Präsident Obama“ (10. Februar), der ehemalige Außenminister und ÖGAVN-Vizepräsident Dr. Peter Jankowitsch über „Österreich im Sicherheitsrat - Perspektiven für 2010“ (17. Februar) und Botschafter i.R. und ÖGAVN-Vorstandsmitglied Dr. Alexander Christiani über „Der Nahe Osten - ein unlösbares Problem?“ (24. Februar). Für 3. März ist ein Clubgespräch mit Altbundeskanzler und ÖGAVN-Präsident Dr. Wolfgang Schüssel über „Die EU und Ostasien“ geplant. Die erfreulich hohe Anzahl der Teilnehmer zeigt, dass dieses neue Lebenszeichen der Gesellschaft einen großen und hoffentlich nachhaltigen Zuspruch gefunden hat.

Der „Mittwoch-Club“ ist damit neben den Großveranstaltungen im Parlament, den Jour-Fixe-Mittagessen im Hotel de France und den jährlichen „Außenpolitischen Gesprächen“ auf Schloss Hernstein zu einem fixen Bestandteil der Aktivitäten der ÖGAVN geworden. Daneben finden weiter zahlreiche Kooperationsveranstaltungen mit anderen Organisationen statt. Die ÖGAVN hofft, mit diesem maßgeblich erweiterten Programmangebot bald zahlreiche neue Mitglieder gewinnen zu können, die für den Fortbestand einer aktiven außenpolitischen/UNO-Gesellschaft unerlässlich sind.

Dr. Axel Wüstenhagen
Newsletter-Redakteur

Michael F. Pfeifer
Generalsekretär

Vorschau auf geplante Veranstaltungen (März - April 2010)

11. März 2010, 18.30 Uhr

"The Foreign Policy of Slovakia and Current Challenges for the European Union"

S.E. Miroslav LAJČÁK; Außenminister der Slowakischen Republik

Ort: Diplomatische Akademie Wien - Festsaal, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a
 Veranstalter: Österreichisch-Slowakische Gesellschaft, Austria-Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, Diplomatische Akademie Wien, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen,

16. März 2010, 18.00 Uhr

"Balkan at the Crossroad - Time to Move Forward with the Euroatlantic Agenda"

S.E. Samuel ZBOGAR; Außenminister der Republik Slowenien

Ort: Parlament, 1017 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
 Veranstalter: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

19. März 2010, 14.00 - 20.30 Uhr

Symposium: „Korruption und ihre Bekämpfung als globale Herausforderung"

Ort: ÖGAVN-Club, 1010 Wien, Hofburg/Stallburg, Reitschulgasse 2/2.OG
 Veranstalter: Universität Wien - Institut für Politikwissenschaft, Österreichische Hochschülerschaft, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, Akademisches Forum für Außenpolitik - Wien

8. April 2010

Vortrag

BAN Ki-Moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen

Ort: Parlament - Historischer Sitzungssaal, 1017 Wien, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
 Veranstalter: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

20. April 2010, 19.00 Uhr

„Chinas neue Rolle in der Welt"

Univ.-Prof. Dr. Gerd KAMINSKI; Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung
 Dr. Helmut OPLETAL

Ort: Diplomatische Akademie Wien - Festsaal, 1040 Wien, Favoritenstraße 15a
 Veranstalter: Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung, Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

„Mittwoch-Club"

1010 Wien, Hofburg/Stallburg, Reitschulgasse 2/2.OG
 Öffnungszeiten 11.00 - 15.00 Uhr; Referat und Diskussion: 12.00 Uhr

3. März 2010:

Altbundeskanzler NROAbg. Dr. Wolfgang SCHÜSSEL; Präsident der ÖGAVN

10. März 2010:

NROAbg. BM a.D. Dr. Ursula PLASSNIK; Vorstandsmitglied der ÖGAVN

(Bitte beachten Sie Programm- und Terminänderungen. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen und den Anmeldemodalitäten werden noch übermittelt bzw. finden Sie unter <http://www.una-austria.org> oder unter <http://afa.at>.)

UNO Highlights

Schwerpunkte der Arbeit der Vereinten Nationen für 2010

UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon hat Anfang Jänner sieben vorrangige Arbeitsbereiche für die Vereinten Nationen im Jahr 2010 genannt. An erster Stelle stehen dabei ein dringend notwendiger neuerlicher Schwerpunkt auf die nachhaltige Entwicklung und Maßnahmen zur Umsetzung der weltweit vereinbarten Ziele zur Beendigung von Armut, Krankheit und Hunger, erklärte Ban Ki-moon am 11. Jänner vor der Generalversammlung in New York.

Gemeinsam könnten die Millenniums-Entwicklungsziele mehr Sicherheit, mehr Fairness und mehr Wohlstand für die ganze Welt – heute und in der Zukunft – bringen. 2010 soll ein Jahr der nachhaltigen Entwicklung werden, in dem die Umsetzung dieser Ziele, die Eindämmung des Klimawandels, die Förderung der globalen Gesundheit und die notwendigen Maßnahmen für eine dauerhafte und robuste wirtschaftliche Erholung im Vordergrund stehen.

Der Generalsekretär kündigte für September die Abhaltung eines Gipfels für die Millenniums-Entwicklungsziele im Rahmen der jährlichen Generaldebatte der Generalversammlung an. Noch im März will er dazu seine eigene Analyse über den Stand der Umsetzung dieser Ziele vorlegen.

Die zweite Priorität für den Generalsekretär bildet die Ausverhandlung eines verbindlichen Abkommens zum Klimawandel und die Erfüllung der bis jetzt eingegangenen Verpflichtungen auf diesem Gebiet. Im Dezember hatten sich die Mitgliedstaaten in Kopenhagen auf eine politische Vereinbarung geeinigt, die zu unmittelbaren Maßnahmen gegen den Klimawandel führen und die Richtung der Verhandlungen über langfristigen Maßnahmen vorgeben sollte. Die Vereinbarung sah auch vor, den Anstieg der weltweiten Temperaturen auf unter 2 Grad Celsius zu halten, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und 100 Milliarden Dollar jährlich für die Bekämpfung des Klimawandels in den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Generalsekretär Ban kündigte dazu die Einsetzung eines hochrangigen Expertengremiums für Klimawandel und nachhaltige Entwicklung an, das seine eigenen Empfehlungen über die weitere Vorgangsweise auf diesem Gebiet vorlegen soll.

Der Generalsekretär sprach sich auch für die nachdrückliche Ermächtigung der Frau im Jahr 2010 aus. Die Einrichtung einer neuen Sekretariatsseinheit für Frauenfragen und Maßnahmen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen sollen dabei im Vordergrund stehen. In Kürze will Ban

Ki-moon dazu auch eine Sonderbeauftragte zur Verhinderung von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten ernennen.

Die vierte Priorität bildet die Schaffung einer Nuklearwaffen-freien Welt. Auch dafür muss 2010 in einer Reihe von Sitzungen in Genf, Paris und Washington der Boden bereitet werden.

Das fünfte strategische Ziel ist die Verhinderung und Beilegung tödlicher Konflikte in aller Welt. Das Jahr 2010 werde ohne Zweifel unvorhergesehene politische und humanitäre Krisen bringen, betonte der Generalsekretär und verwies in diesem Zusammenhang auf entscheidende Wahlen in Irak, Sudan, Cote d'Ivoire und Myanmar. Auch die Lage in Afghanistan, Pakistan, im Jemen, in der Demokratischen Republik Kongo und in Guinea, werde die besondere Aufmerksamkeit der Vereinten Nationen erfordern. Im Nahen Osten müsse ein neuer Impuls bei der Suche nach einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden geschaffen werden. Ein Jahr nach dem Gazakonflikt sei eine grundlegend neue Vorgangsweise erforderlich, um die großen humanitären Herausforderungen und den Wiederaufbau des Gebiets zu bewältigen.

Die sechste Priorität bildet der Bereich der Menschenrechte und der Herrschaft des Rechts. Dazu rief der Generalsekretär die Generalversammlung zu einer eingehenden Überprüfung des Menschenrechtsrates auf. Ban Ki-moon forderte auch die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs, den er als Kernstück des Systems der internationalen Strafrechtspflege bezeichnete.

Als siebenten Schwerpunkt nannte der Generalsekretär die notwendige Stärkung des UNO-Systems. In den vergangenen Jahren seien wichtige Fortschritte erzielt worden, um die Vereinten Nationen mit den neuen globalen Realitäten in Einklang zu bringen. Aber es bleibe noch viel zu tun. Vor allem gelte es, das Management der Organisation zu verjüngen, die neuen Führungskräfte der Zukunft heranzubilden, einen flexiblen Mitarbeiterstab für das 21. Jahrhundert aufzubauen und die modernen Technologien besser zu nutzen.

„Lassen Sie uns das Neue Jahr mit neuer Energie angehen, um die schweren Aufgaben auf unserer Tagesordnung zu bewältigen. Wir sind bereit zum Handeln, bereit, unsere Leistung zu erbringen und bereit, das Jahr 2010 zu einem Jahr der Resultate für die Menschen zu machen“, bekräftigte Ban Ki-moon.

Humanitärer Hilfsappell

Am 18. Februar 2010 veröffentlichten UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, der ehemalige US-Präsident und UNO-Sonderbeauftragte für Haiti, Bill Clinton, und der Nothilfekoordinator der Vereinten Nationen, John Holmes, in New York einen überarbeiteten Hilfsappell für fast \$ 1,5 Milliarden US-Dollar zur Unterstützung von drei Millionen Opfer der Erdbebenkatastrophe, die die Einwohner des Karibikstaates am späten Nachmittag des 12. Jänner heimgesucht hatte. Das stärkste Erdbeben in Haiti seit mehr als 200 Jahren – mit der Stärke 7.0 auf der Richterskala – hatte sein Epizentrum nur 17 km südwestlich der Hauptstadt Port-au-Prince, die schwer beschädigt wurde. Auch die nahegelegenen Städte Carrefour und Lacmel erlitten verheerende Schäden und die Stadt Leogane wurde zu 80 Prozent zerstört.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des UNO-Appells wurden bereits 220.000 Menschenleben beklagt, eine Zahl, die in den folgenden zwei Wochen von einigen Quellen auf bis zu 300.000 Todesopfer berichtet wurde. Mehr als 300.000 Menschen wurden bei dem Erdbeben verletzt, rund 100.000 Häuser total zerstört und weitere 200.000 zum Teil schwer beschädigt. Insgesamt wurden drei Millionen Einwohner des ärmsten Landes in der westlichen Hemisphäre von der Katastrophe betroffen, mehr als 1,9 Millionen verloren ihre Unterkünfte, mehr als 500.000 flüchteten aus den zerstörten Städten.

Erster Hilfsappell muss aufgestockt werden

Bereits am 15. Jänner hatten die Vereinten Nationen in einem ersten Hilfsappell die internationale Staatengemeinschaft um \$ 562 Millionen für Sofortmaßnahmen in Haiti ersucht. Um den nunmehr besser abschätzbaren Hilfsbedarf bis zum Jahresende abzudecken, sind jetzt weitere \$ 768 erforderlich. Der Hilfsappell für Haiti ist damit der größte, der jemals in der Geschichte der Vereinten Nationen nach einer Naturkatastrophe an die Staatengemeinschaft gerichtet wurde. (Nach dem Tsunami 2005 im Indischen Ozean hatten die UNO und ihre Partner um \$ 1,41 Milliarden ersucht.)

Der humanitäre Hilfsappell der Vereinten Nationen umfasst Projekte von 76 Hilfsorganisationen, darunter von 21 UNO-Organisationen, 54 nichtstaatlichen Organisationen und der Internationalen Organisation für Migration, IMO). Die Notstandphase der humanitären Hilfe wird noch viele Monate fortgesetzt werden müssen. Die Herausforderungen an die internationale Hilfsgemeinschaft sind enorm, vor allem auf dem Gebiet der Logistik, der Kommunikation und der Koordination der rund 1.000 humanitären Hilfsorganisationen, die zur Zeit vor Ort tätig sind.

Drei Millionen direkt vom Erdbeben betroffene Menschen – ein Drittel der Einwohner des Landes – benötigen Hilfe. Auch die Familien, die die ins Grenzgebiet oder in die benachbarte Dominikanische Republik geflüchteten Erdbebenopfer aufgenommen haben, brauchen dringend Unterstützung. Darüber hinaus müssen Vorbereitungen getroffen werden, um für die im April einsetzende Regenzeit und die Zeit der Wirbelstürme (Juni-November) und die dabei erwarteten Überschwemmungen, Schlammlawinen und schweren Stürme gerüstet zu sein.

Vordringliche Hilfsmaßnahmen

Zahlreiche lebensrettende Maßnahmen müssen in kürzester Zeit ergriffen werden: 1,2 Millionen Menschen brauchen dringend Notunterkünfte und medizinische Versorgung; Latrinen und Abwasserkanäle müssen gebaut und Hygienemaßnahmen zur Verhinderung des Ausbruches von Seuchen ergriffen werden; mindestens zwei Millionen Menschen brauchen Nahrungsmittel. Infrastruktureinrichtungen und Sozialdienste müssen wiederaufgebaut und das Wirtschaftsleben wieder angekurbelt, Schulen und Gemeindezentren wieder errichtet werden. Daneben müssen die Koordinationskapazitäten der Regierung auf allen Ebenen verstärkt werden, insbesondere im Bereich der Logistik, des Fernmeldewesens und der Sicherheit.

Zu den besonders vordringlichen Aufgaben zählen die Schaffung von Unterkünften für die Obdachlosen, die Beseitigung der Schuttmassen eingestürzter Häuser, die Verteilung von Planen und Zelten, die Versorgung mit Trinkwasser und die primäre Gesundheitsvorsorge, Schutzmaßnahmen für Frauen, Kinder und andere gefährdete Bevölkerungsgruppen, die Öffnung temporärer Schulen und der Wiederaufbau der Landwirtschaft. Die „Geld-für-Arbeit“ Initiative der UNO beschäftigt rund 75.000 Haitianer täglich, die beim Wiederaufbau des Landes helfen und sich dabei eine neue Existenzgrundlage schaffen können.

Vereinten Nationen für Haiti

Innenpolitische Herausforderungen

Neben der humanitären Katastrophe hat das Erdbeben auch gravierende politische Herausforderungen für das Land gebracht. Wie der Untergeneralsekretär für Friedenseinsätze, Alain Le Roy, am 19. Februar vor dem UNO-Sicherheitsrat erklärte, mussten die für Ende März geplanten Parlamentswahlen verschoben werden. Zur Zeit finden intensive Gespräche zwischen den politischen Parteien über die weitere Regierungsführung, die Abhaltung der Wahlen und eine Reform der Verfassung statt. Diese Gespräche müssen dringend auf höchster politischer Ebene vorangetrieben werden, um zu verhindern, dass unverantwortliche Elemente aus der fragilen politischen Lage Nutzen ziehen und die Stabilität des Landes gefährden.

Die Rolle der UNO-Mission in Haiti

Auch die Rolle der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) müsse neu überdacht werden, sagte Le Roy. MINUSTAH-Kommandant Generalmajor Floriano Peixoto Vieira Neto wies darauf hin, dass die militärische Komponente der Mission bereits eine wichtige Rolle bei der Verteilung der humanitären Hilfe spielt, während sie weiterhin für Ordnung und Sicherheit in Haiti Sorge trägt. Bereits am 19. Jänner 2010 hatte der Sicherheitsrat einstimmig in seiner Resolution 1908 (2010) beschlossen, die Truppenstärke von 6.940 auf 8.940 Mann und die Polizeieinheiten von 2.211 auf 3.711 Mann aufzustocken.

Bei dem Erdbeben am 12. Jänner 2010 hatte auch die UNO-Mission in Haiti schwere Verluste erlitten. MINUSTAH musste nicht weniger als 92 Tote – darunter der Leiter der Mission und UNO-Gesandte für Haiti, Hedi Annabi (Tunesien), sein brasilianischer Stellvertreter Luiz Carlos da Costa und der kanadische UNO-Polizeichef von Haiti, Doug Coates – und 30 Verletzte beklagen. Sieben weitere zivile Mitarbeiter der Mission waren bis Mitte Februar noch unauffindbar.

Die UNO-Stabilisierungsmission in Haiti wurde am 30. April 2004 vom Sicherheitsrat mit dem Auftrag eingesetzt, das Land bei der Entwicklung demokratischer Strukturen zu unterstützen. Die MINUSTAH löste am 25. Juni 2004 die frühere Multinationale Interimstruppe (MIF) in Haiti ab. Davor waren die Vereinten Nationen mit verschiedenen Missionen in Haiti präsent.

Das ärmste und labilste Land der westlichen Hemisphäre

Schon vor dem Erdbeben war Haiti das am wenigsten entwickelte Land Mittel- und Südamerikas. Armut, Arbeitslosigkeit, so gut wie nicht vorhandene soziale Sicherungsnetze, zahlreiche Menschenrechtsprobleme und eine ständige Verschlechterung der Umweltbedingungen kennzeichneten das Land seit vielen Jahren.

70 Prozent seiner Bevölkerung lebt von weniger als \$ 2 pro Tag, mehr als die Hälfte von weniger als \$ 1 pro Tag. Mehr als 50 Prozent der konsumierten Nahrungsmittel müssen importiert werden. Mehr als 40 Prozent seiner Bevölkerung sind chronisch unterernährt. Schon vor dem Erdbeben erhielten 1,8 Millionen Einwohner Nahrungsmittelhilfe. Das Land wird regelmäßig von Naturkatastrophen heimgesucht, vor allem von Überschwemmungen und tropischen Wirbelstürmen. Auch die Menschenrechtslage in Haiti war seit vielen Jahren prekär. Gewalt gegen Frauen und Mädchen war ein besonderes Problem. Kinderhandel, sexueller Missbrauch, Ausbeutung von Kindern und Kinderkriminalität waren an der Tagesordnung.

Trotz der vielfachen Katastrophenrisiken des Landes gab es keine vorbeugende Katastrophenplanung, die ein Erdbeben der Größenordnung vom vergangenen Jänner hätte vorhersehen können. Dazu kam, dass Hilfsmaßnahmen für drei Millionen Menschen nur über eine einzige Startbahn in Port-au-Prince, oder über einen mehr als mühsamen Landweg über die Dominikanische Republik gebracht werden konnten. Aber alle Katastrophenplanung hätte nicht voraussehen können, dass die Regierung, die Vereinten Nationen, das Rote Kreuz in Haiti und die Hilfsorganisationen der NGOs selbst zum Opfer einer Katastrophe wurden, deren Bewältigung sie eigentlich geplant hatten. (AW)

Quelle: Haiti – Revised Humanitarian Appeal, United Nations, New York

„AFA HILFT HAITI“: Kampagne unserer Jugendorganisation siehe <http://afa.at/haiti>

Österreich und die Vereinten Nationen

Mahnung zur Wachsamkeit gegenüber neuen Formen von Antisemitismus und Rassismus

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages und des 65. Jahrestags der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau wies Außenminister Michael Spindelegger am 27. Jänner darauf hin, dass Auschwitz eine beständige Mahnung dafür bleiben müsse, allen Ideologien entschieden und unmissverständlich entgegen zu treten, die die Menschenwürde aufgrund der Verschiedenheit der Herkunft, der Religion, der Nationalität oder der politischen Überzeugung mit Füßen treten. Aus der moralischen Mitverantwortung für die Vergangenheit müsse man die Kraft schöpfen, engagiert eine Zukunft des Pluralismus der Meinungen, Überzeugungen und Religionen zu gestalten.

Zu besonderer Wachsamkeit mahnte Spindelegger gegenüber allen Formen des Antisemitismus, der gerade in den letzten Jahren wieder stärker auftrete. Antisemitismus sei kein Phänomen der Vergangenheit; hier könne und dürfe es gerade auch in Österreich keine Toleranz oder Nachsicht geben, sagte der Außenminister.

Österreich sei sich seiner Verantwortung gegenüber den Opfern und den Überlebenden der Shoa bewusst. „Wir haben die Verpflichtung, das Bewusstsein um den größten Völkermord der Geschichte zu schärfen und unsere jungen Generationen zu Toleranz und Achtung der Menschenrechte zu erziehen“, so Spindelegger. Mit dem beim Außenministerium mit rund 20 Millionen Euro angesiedelten Zukunftsfonds wie auch durch den Österreichischen Nationalfonds werden diesbezügliche Projekte und wissenschaftliche Arbeiten gefördert. *(BMeiA, 27. Jänner 2010)*

Österreich will konkrete Beiträge für Afghanistan-Einsatz leisten

„Die Unterstützung Afghanistans durch die internationale Gemeinschaft sei weiterhin unerlässlich. Ein Scheitern in Afghanistan hätte weitreichende Auswirkungen – auch für Europa“, sagte Außenminister Spindelegger am 27. Jänner anlässlich der Internationalen Afghanistan-Konferenz in London, die sich mit den Themen Sicherheit, Entwicklung und Regierungsführung, Regionaler Ansatz und Internationale Architektur befasste. Vertreter von rund 80 Staaten und internationalen Organisationen, darunter UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon, nahmen an der Konferenz teil. Österreich war durch den Generalsekre-

tär des Außenministeriums (und ÖGAVN-Vorstandsmitglied), Johannes Kyrle, vertreten.

Spindelegger kündigte konkrete Beiträge Österreichs zu den internationalen Stabilisierungsbemühungen an. Der Schwerpunkt werde dabei auf den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Aufbau polizeilicher Strukturen liegen. Österreich will eine Million Euro für humanitäre Hilfe in Afghanistan zur Verfügung stellen und sich auch im Rahmen des Anti-Korruptionsprogramms von UNODC, der Entminungsmaßnahmen der Vereinten Nationen und der Afghanistan-Programme der OSZE engagieren.

Die Sonderbeauftragte des Außenministeriums für internationale Frauenfragen (und Vorstandsmitglied der ÖGAVN), Ursula Plassnik, wies in einer ergänzenden Stellungnahme auf die nach wie vor übermächtigen Gegner der Frauenrechte in Afghanistan hin. Gewalt und Rechtlosigkeit verdüsterten das Leben der Frauen in Armut und Elend. Zu viele Männer kaschierten die eigene Hilflosigkeit durch Gewalt gegen Kinder und Frauen. Zu viele religiöse Führer missbrauchten religiöse Lehren zur Unterdrückung der Frauen. Als wesentliche Voraussetzung und Grundlage für einen Neubeginn in Afghanistan bezeichnete Plassnik die volle Mitwirkung der Frauen in allen Lebensbereichen. *(BMeiA, 27. Jänner 2010)*

Außenminister trifft neuen IAEA-Generaldirektor

Die Internationale Atomenergiebehörde sei ein Eckpfeiler des Standortes Wien als Drehscheibe für den internationalen Dialog zu Sicherheit und Stabilität. Er freue sich daher auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit der IAEA unter ihrem neuen Generaldirektor, erklärte Außenminister Spindelegger nach seinem ersten Zusammentreffen mit IAEA-Chef Yukia Amano.

Wesentliches Thema seines Gesprächs mit Generaldirektor Amano waren die jüngsten Entwicklungen im iranischen Atomstreit. Dabei bezeichnete Spindelegger den Vorschlag der IAEA zu einer Urananreicherung im Ausland als vielversprechende und vertrauensbildende Maßnahme. Leider habe der Iran diese ausgestreckte Hand nicht ergriffen. Jetzt sei der Sicherheitsrat am Zug. Der Iran habe weiterhin die Möglichkeit der Rückkehr zu Verhandlungen; dem Land müsse aber klar sein, dass es sein Guthaben an internationaler Geduld erschöpft habe. *(BMeiA, 12. Februar 2010)*

Sicherheitsrat bekräftigt wichtige Rolle von UNODC

Der UNO-Sicherheitsrat hat am 24. Februar in einer Erklärung die bedeutende Rolle des Wiener Büros der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC) im Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Terrorismus nicht nur bestätigt, sondern auch den Wunsch geäußert, dass ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen UNODC und dem Sicherheitsrat stattfindet. Dies sei eine schöne Anerkennung für die Arbeit der UNODC und ihren Exekutivdirektor Antonio Maria Costa, aber auch für das beharrliche Lobbying Österreichs in New York, erklärte Außenminister Spindelegger.

In der Sicherheitsratsdebatte wies UNODC-Chef Costa auf die Bedrohung von Sicherheit und Frieden durch die organisierte Kriminalität hin.

Zahlreiche Krisen, mit denen sich der Sicherheitsrat auseinandersetzen muss, würden durch illegalen Waffenhandel, Geldwäsche, illegale Geldflüsse, Korruption, Menschen- und Drogenhandel verursacht bzw. verschärft, teilweise auch in Verbindung mit dem internationalen Terrorismus.

Mit UNODC und seinem Terrorismus-Präventionsbüro sowie der künftig in Laxenburg angesiedelten Internationalen Anti-Korruptionsakademie konnte in Österreich ein mittlerweile weltweit geachtetes Kompetenzzentrum für Sicherheit, Frieden und grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung etabliert werden. "Die Qualität der in Österreich beheimateten UNO-Organisationen ist herausragend. Es ist uns als Amtssitz und als UNO-Mitglied ein Anliegen, dass dieses Know-how jetzt und in Zukunft optimal genutzt wird", betonte Außenminister Spindelegger. (BMeiA, 24. Februar 2010)

EU/Multilaterales

Vertrauen in die EU wächst

Die am 20. Jänner präsentierte Eurobarometer-Umfrage zeigt eine zunehmend positive, wenn auch noch nicht überragende Beurteilung der ÖsterreicherInnen für die Europäische Union. 42 Prozent bewerteten die EU-Mitgliedschaft als "eine gute Sache", ein Prozent mehr als in der letzten Umfrage. Im Jahresvergleich hat das Vertrauen in die Europäische Union um 10 Prozent zugenommen. Allerdings waren nur 35 Prozent der ÖsterreicherInnen der Meinung, dass unsere Interessen in der EU ausreichend berücksichtigt würden. Dies müsse zu denken geben und sei ein klarer Arbeitsauftrag an alle, den Dialog und die Erklärungsarbeit zu Europa konsequent fortzusetzen, erklärte Außenminister Spindelegger in einer Stellungnahme zur Umfrage.

Besonders positiv wurde die Zugehörigkeit zum EURO-Raum gesehen. Dies zeige, dass die gemeinsame Währung als Schutzmantel und Stabilitätsanker in der Zeit der Krise erkannt wurde. Es sei daher folgerichtig, dass jetzt - neben Kriminalitätsbekämpfung - der Weg aus der Wirtschaftskrise als zentrale Aufgabe der EU gesehen werde, so der Minister. (BMeiA, 20. Jänner 2010)

Zur Partnerschaft für den Frieden

Bundesheer-Generalstabschef Edmund Entacher und Außenamts-Generalsekretär Johannes Kyrle eröffneten am 4. Februar die vom Außen- und Verteidigungsministerium gemeinsam mit dem NATO Defense College organisierte Konferenz "The Indivisibility of Euro-Atlantic Security"

an der Diplomatischen Akademie in Wien. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Serie "Partnership for Peace International Research Seminars" statt. Zu den Hauptbereichen dieser Zusammenarbeit zählen Sicherheits- und Friedenserhaltung, humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe sowie Such- und Rettungseinsätze

Österreich könne auf 15 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit in der Partnerschaft für den Frieden zurückblicken, erklärte Generalsekretär Kyrle. Im Rahmen dieser Partnerschaft haben bisher über 15.000 österreichische Soldaten an friedenserhaltenden Operationen in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Afghanistan mitgewirkt. Das Seminar leiste einen wertvollen Beitrag zur Diskussion über das neue strategische Konzept der NATO sowie über den "Korfu Prozess" der OSZE und unterstreiche die Rolle Wiens als Drehscheibe für den Europäischen Sicherheitsdialog", betonte Kyrle. (BMeiA, 4. Februar 2010)

Die Herrschaft des Rechts muss Leitgedanke der Außenpolitik sein

Eine hochrangig besetzte Diskussionsrunde befasste sich am 28. Jänner auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos mit der Stärkung der Herrschaft des Rechts. Unter dem Vorsitz von Außenminister Spindelegger gingen internationale Experten wie David Kennedy, Direktor des Instituts für Völkerrecht und internationale Entwicklung an der Harvard Law School, Moreno-Ocampo, Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und Joseph E. Stiglitz, Professor an der Columbia University, der Frage nach, wie die globale

Rechtssicherheit gestärkt und besser durchgesetzt werden könne.

Die Herrschaft des Rechts und die menschliche Sicherheit seien untrennbar miteinander verbunden, sagte Spindelegger. Der Einsatz Österreichs für Frieden und Sicherheit wurzle in der festen Überzeugung, dass Recht vor Macht gehen müsse. Auch auf internationaler Ebene könne es keinen rechtsfreien Raum geben. Die Herrschaft des Rechts stehe für Österreich daher auch im Zentrum seiner Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat. *(BMeiA, 28. Jänner 2010)*

Bundeskanzler und Außenminister begrüßen Bestätigung der neuen EU-Kommission

Bundeskanzler Werner Faymann erklärte am 9. Februar, er freue sich über die eindeutige Zustimmung des EU-Parlaments zur neuen EU-Kommission. Damit sei sichergestellt, dass die Europäische Union in einer schwierigen Phase voll funktionsfähig sei. Jetzt müssten sich alle EU-Organe dem gemeinsamen Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit widmen. In dem neuen Team von Präsident José Manuel Barroso werde Johannes Hahn als Regionalkommissar eine sehr wesentliche Rolle einnehmen. *(BKA, 9. Februar 2010)*

Außenminister Spindelegger wies darauf hin, dass nun erstmals eine Kommission antrete, die nach den Regeln des Lissabon-Vertrages zustande gekommen ist. „Wir haben neue Regeln, neue Institutionen und neue Köpfe an der Spitze. Jetzt müssen wir ohne Reibungsverluste die drängenden Herausforderungen der Zukunft angehen“ erklärte der Minister und nannte in diesem Zusammenhang die künftige Positionierung Europas in einer multipolaren Welt, die Sicherung des „Lebensmodells Europa“ sowie die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise. *(BMeiA, 9. Februar 2010)*

Die unkontrollierte Verbreitung konventioneller Waffen muss eingedämmt werden

Ein verantwortungsloser Waffenhandel sei eine Bedrohung für Sicherheit und Stabilität, nachhaltige Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte. Österreich trete daher für die ehest mögliche Ausarbeitung eines international rechtsverbindlichen Waffenhandelsvertrages ein. Nur dann werde es gelingen, die unkontrollierte und unerwünschte Verbreitung konventioneller Waffen wirksam zu unterbinden, erklärte Außenminister Spindelegger zur Eröffnung der internationalen Konferenz zum Thema "Towards an Arms Trade Treaty", die am 12. Februar im Kongresszentrum Hofburg zusammentrat. Die Veranstaltung bildete den Abschluss einer von der EU lancierten welt-

weiten Seminarreihe, mit der eine möglichst breite Unterstützungsbasis für einen internationalen Waffenhandelsvertrag geschaffen werden soll.

Österreich unterstütze diesen Prozess auch im Bewusstsein seiner besonderen Rolle und Verantwortung als international anerkannter Produzent und Exporteur konventioneller Waffen: "Ein Waffenhandelsvertrag soll nicht das Recht auf Selbstverteidigung von Staaten beschränken oder ihre Verantwortung zur Regelung ihrer internen Sicherheit in Frage stellen. Aber derzeit erzeugt das Fehlen von einheitlichen Regeln und effektiver Kontrolle Lücken, die von rücksichtslosen Händlern, korrupten Strukturen oder terroristischen Gruppierungen ausgenutzt werden. Nur durch verbindliche einheitliche Regeln werden gleiche Wettbewerbsbedingungen für Industrie und Handel ermöglicht und verhindert, dass verantwortungsloser Waffenhandel Konflikte schürt und zum Leid der Zivilbevölkerung beiträgt", so der Außenminister. *(BMeiA, 12. Februar 2010)*

EU-Außenministerin Ashton in Wien

EU-Außenministerin Catherine Ashton hat am 12. Februar in Wien die Schutzfunktion der EU-Militärmission auf Haiti betont, die sie am Vortag angekündigt hatte. Die Mission zielt neben Aufräumarbeiten vor allem darauf ab, die durch das Erdbeben obdachlos gewordenen Haitianer vor der Regenzeit, die im März beginnt, mit Zelten zu versorgen.

Ashton wies Kritik an dem Hilfseinsatz der EU auf Haiti zurück. Die Hilfe der EU sei nicht zu langsam angelaufen und erfolge auch jetzt nicht zu langsam. Auch mit der UNO habe sich die EU gut abgestimmt. Die EU hat Haiti mehr als 420 Millionen Euro an humanitärer und Wiederaufbauhilfe in Aussicht gestellt. Außerdem haben mehrere EU-Staaten die Entsendung von Polizei- und Gendarmerieeinheiten im Rahmen der UNO-Mission (MINUSTAH) zugesagt. Noch sei der einzelne Beitrag von EU-Mitgliedsländern an der Militärmission der EU auf Haiti nicht besprochen worden, betonte Außenminister Spindelegger. Österreich werde aber versuchen, einen Beitrag zu leisten.

Ashton und Spindelegger besprachen auch den vorgesehenen Serbien-Besuch der EU-Außenbeauftragten im Rahmen ihrer ersten Westbalkanreise. Minister Spindelegger betonte die Zielvorstellung Österreichs - das sich gemeinsam mit Griechenland für einen EU-Beitritt der Westbalkanstaaten stark macht -, dass bis 2020 alle Länder des Westbalkans Mitglied der EU sein sollen.

Im Iran will die EU den Dialog aufrechterhalten. Die EU trage als internationale Gemeinschaft

eine Verantwortung und sei über die Situation im Iran "sehr beunruhigt". Die EU hat die jüngsten Übergriffe gegen Regierungskritiker im Iran scharf verurteilt und ihre Besorgnis über die von Teheran begonnene Anreicherung von Uran auf 20 Prozent ausgedrückt.

Bei einem Arbeitsfrühstück mit Bundeskanzler Werner Faymann wurden unter anderem die Energiesicherheit der EU, die politische Situation am Balkan, die Verhandlungen mit der Türkei sowie Fragen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik erörtert. (APA, 12. Februar 2010)

Internationale Streumunitionskonvention tritt im August in Kraft

Mit Burkina Faso hat nunmehr der dreißigste Staat die Ratifikationsurkunde der Streumunitionskonvention bei den Vereinten Nationen hinterlegt.

Damit kann die Konvention am 1. August 2010 in Kraft treten

Seit Anfang 2007 hat sich Österreich konsequent für ein möglichst weitgehendes Verbot der Waffe und umfassende Opferhilfe eingesetzt und als erstes Land im Januar 2008 ein Totalverbot von Streumunition beschlossen. Die Wiener Streumunitionskonferenz brachte im Dezember 2007 Vertreter von 138 Staaten nach Wien und gewann zahlreiche neue Unterstützer für ein internationales Verbot. Ergebnis war ein von der Staatenmehrheit getragener Entwurf eines völkerrechtlichen Übereinkommens, der im Mai 2008 bei einer Konferenz in Dublin angenommen wurde. Am 3. Dezember 2008 wurde das Übereinkommen über Streumunition von 94 Staaten in Oslo unterzeichnet. Die Konvention verbietet die Herstellung, den Besitz, den Handel und den Einsatz von Streumunition. (BMeiA, 17. Februar 2010)

Bilaterales

Österreich unterstützt EU-Perspektive des Kosovo

"Der Kosovo wird zur Nagelprobe für Europas Bemühungen, den Westbalkan zu stabilisieren, die Wirtschaft zu fördern und diese Region langfristig in der EU zu integrieren", erklärte Außenminister Spindelegger anlässlich des Besuchs des kosovarischen Premierministers Hashim Thaçi in Wien am 8. Februar. Österreich stehe voll und ganz hinter der EU-Perspektive des Kosovo. Als einer der Wegbegleiter Kosovos in seine Unabhängigkeit biete Österreich auch heute eine Plattform für das internationale Engagement in diesem Land, so Spindelegger.

Der Minister lobte in diesem Zusammenhang die erfolgreiche Durchführung der ersten Wahlen im November 2009 nach Erlangung der Unabhängigkeit als Beweis für den Willen des Kosovos, funktionierende, demokratische Strukturen aufzubauen. Gleichzeitig seien jedoch in Sicherheitsfragen und bei der Korruptionsbekämpfung weitere Reformbemühungen notwendig. (BMeiA, 8. Februar 2010)

Für eine gemeinsame Zukunftsperspektive der Weltbalkanstaaten

Österreich unterstütze die EU-Annäherung aller Westbalkan-Staaten. Die Lösung der Probleme innerhalb dieser Gruppe sei jedoch eine Aufgabe dieser Länder selbst und könne nicht von der EU oder Unterstützern wie Österreich erledigt werden. Diese Botschaft habe er seinem serbischen Amtskollegen Vuk Jeremic überbracht, er-

klärte Außenminister Spindelegger am 10. Februar in Belgrad.

Bei dem offenen Gespräch mit Jeremic habe es auch unterschiedliche Auffassungen gegeben, vor allem im Hinblick auf die Ablehnung Belgrads, den Kosovo anzuerkennen. Es sei jedoch positiv, dass man die Meinungen klar auf den Tisch lege und dann versuche, einen Weg zu finden, um sich gemeinsam in die Zukunft zu bewegen, meinte Spindelegger.

Der Außenminister unterstrich in seinem Gespräch mit Jeremic erneut die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit bei der EU-Annäherung des Westbalkan. Entscheidend für die Westbalkan-Staaten sei es, dass man eine gemeinsame Zukunftsperspektive sehe. Die könne es nur geben, wenn alle gemeinsam in Richtung der Europäischen Union unterwegs seien. Dazu zähle als Voraussetzung, dass man nicht nur ein normales Auskommen mit der Nachbarschaft habe, sondern sich auch bemühe, die Vergangenheit zu bewältigen. (APA, 10. Februar 2010)

Nahostreise des österreichischen Außenministers

Außenminister Spindelegger hat bei seinem Besuch in Ramallah am 16. Februar die österreichische Position bekräftigt, dass es zu einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung keine Alternative gebe. Österreich unterstütze das legitime Streben nach einem unabhängigen, lebensfähigen palästinensischen Staat, der in Frieden mit Israel lebt, sagte er nach seinen

Gesprächen mit dem palästinensischen Außenminister Riad Malki und Premierminister Salam Fayyad. Zur Sprache kamen die Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und die Notwendigkeit einer Versöhnung zwischen der Fatah-Partei und der im Gazastreifen herrschenden Hamas. Die Palästinenser wünschen ein größeres Engagement der Europäischen Union bei den bevorstehenden "Proximity-Talks" unter amerikanischer Vermittlung. Bei seinem Gespräch mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas (Abu Mazen) erfuhr Spindelegger, welche Erwartungen die Palästinenser an die bevorstehenden indirekten Verhandlungen mit Israel knüpften und gab diese wunschgemäß tags darauf an die israelische Regierung weiter.

In Israel traf Außenminister Spindelegger am 17. Februar mit Staatspräsident Shimon Peres, Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, Verteidigungsminister Ehud Barak und der Oppositionschefin Tzipi Livni zusammen und legte in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einen Kranz nieder.

Am 18. Februar besuchte der Außenminister das Hauptquartier der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) und informierte sich bei UNIFIL-Kommandant Generalmajor Alberto Asarta Cuevas (Spanien) über die Lage im Südlibanon. Österreich erwägt eine Beteiligung an der 15.000-Mann starken UNIFIL, die seit mehr als 30 Jahren über Frieden und Sicherheit im Süden des Libanon wacht. Belgien will sich aus

der Mission zurückziehen. Die UNO hat bei Österreich angefragt, ob es sich bei der UNO-Truppe im Südlibanon engagieren will. Der Außenminister steht dieser Anfrage prinzipiell positiv gegenüber und will dazu eine möglichst baldige Entscheidung der Bundesregierung herbeiführen.

Am gleichen Tag führte Minister Spindelegger in Beirut Gespräche mit dem libanesischen Staatspräsidenten General Michel Sleimane, Ministerpräsident Saad Hariri, Parlamentspräsident Nabih Berri und Außenminister Ali Chami. Den Abschluss seiner sechstägigen Nahost-Reise bildete ein Besuch in Syrien am 19. Februar. Neben dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad traf er auch mit Parlamentspräsident Mahmoud al-Abrash und Außenminister Walid al-Muallem zusammen.

Nach Presseberichten soll der österreichische Außenminister mit einer Botschaft Israels nach Beirut und Damaskus gereist sein. Österreich versuche, im Nahen Osten hilfreich zu sein, "weil wir das große Ziel mitverfolgen, einen Friedensprozess in Gang zu setzen", sagte der Minister. Jeder, der einen Beitrag zum Nahostfrieden leisten könne, sei auch gefordert, etwas zu tun, so Spindelegger. Allerdings würde sich Österreich weder aufdrängen noch vordrängen, sondern "mitarbeiten". Spindelegger bestätigte, dass die Rolle Österreichs in Israel anerkannt werde. Er führe das auf die konsequente Arbeit über viele Jahre hinweg zurück. (APA, 16./17./18. Februar 2010)

UN-Kalender (März – April 2010)

Tagungen und Konferenzen

| | |
|-------------------------|---|
| 1. - 5.3.2010 | Internationale Atomenergie-Organisation, Gouverneursrat (Wien) |
| 1. - 9.3.2010 | Sonderausschuss für die Charta der Vereinten Nationen (New York) |
| 1.- 12.3.2010 | Kommission für die Rechtsstellung der Frau (New York) |
| 1. - 26.3.2010 | Menschenrechtsrat (Genf) |
| 8. - 12.2.2010 | Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen (Wien) |
| 8. - 26.3.2010 | Menschenrechtsausschuss (New York) |
| 16.- 17.3.2010 | UNO-Generalversammlung: 4. Hochrangiger Dialog über Entwicklungsfinanzierung (New York) |
| 22.3.2010 | UNO-Generalversammlung: Hochrangiger Dialog über die Umsetzung der Internationalen Aktionsdekade „Wasser zum Leben“, 2005-2015 (New York) |
| 22. - 26.3.2010 | Ausschuss für Entwicklungspolitik (New York) |
| 22.3. - 1.4.2010 | Ausschuss für die friedliche Nutzung des Weltraums, Rechtsunterausschuss (Wien) |
| 29.3. - 16.4.2010 | Abrüstungskommission (New York) |
| 12. - 16.4.2010 | Bevölkerungs- und Entwicklungskommission (New York) |
| 12. - 19.4.2010 | 12. UNO-Kongress über Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (Salvador, Brasilien) |
| 19. - 23.4.2010 | Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen für die Auswirkungen der radioaktiven Strahlung (UNSCEAR), (Wien) |
| 19. - 30.4.2010 | Ausschuss für den Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien (Genf) |
| 26.4. - 7.5.2010 | Informationsausschuss der Vereinten Nationen (New York) |
| 26.4. - 14.5.2010 | Ausschuss gegen Folter (Genf) |

Internationale Tage

| | |
|-----------|---|
| 8.3.2010 | Internationaler Tag der Frauenrechte und des Weltfriedens |
| 21.3.2010 | Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (Woche der Solidarität mit den Völkern, die gegen Rassismus und Rassendiskriminierung kämpfen) |
| 22.3.2010 | Welttag des Wassers |
| 23.3.2010 | Welttag der Meteorologie |
| 4.4.2010 | Internationaler Tag der Bewusstseinsbildung für die Gefahren von Minen und für die Unterstützung der Minenräumung |
| 7.4.2010 | Weltgesundheitstag |
| 23.4.2010 | Welttag des Buches und der Autorenrechte |
| 25.4.2010 | Welt-Malariatag |

Offenlegung gem. § 25 Abs. 4 Mediengesetz: Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, (ZVR 469512554). Präsident: Altbundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Für den Inhalt verantwortlicher Redakteur: Dr. Axel Wüstenhagen. Büro: 1010 Wien, Hofburg/Stallburg, Reitschulgasse 2/2. OG, Tel.: +43/664/233 32 72. E-Mail: office@oegavn.org. Grundlegende Richtung: Der Newsletter informiert über Aktivitäten und Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen sowie ihres internationalen Dachverbandes, der World Federation of United Nations Associations (WFUNA). Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe: 26. Februar 2010.